

Frauen wagen Frieden – Projektgruppe der Ev. Frauenarbeit der Pfalz

Kontaktadresse: Erika Christmann
St. Quentin-Ring 48
67663 Kaiserslautern
Tel.: 0631/23330

1. November 2008

Betr.: Erklärung des Bundestages gegen Antisemitismus

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie dem beigegeführten Brief entnehmen können, wandten wir uns bereits im April 2008 nach dem Angriff der radikalen israelischen Siedler in Hebron an Sie.

Nun veranlasst uns ein Artikel unserer Tageszeitung „DIE RHEINPFALZ“ vom 31.10.2008 unter dem Titel „Dem Bundestag droht eine Blamage“ dies erneut zu tun. Es geht dabei um einen Bericht über die geplante umstrittene Erklärung des Bundestages gegen Antisemitismus.

Es erübrigt sich zu betonen, dass auch wir jeder Form von Antisemitismus entgegentreten. Wir lassen uns aber nicht als Antisemiten bezeichnen, wenn wir gegen Kriege und Menschenrechtsverletzungen des Staates Israel protestieren.

Zum Schreiben dieses Briefes veranlassen uns insbesondere zwei Sätze in dem angegebenen Artikel: „Ein Kernstück des Antrages lautet, dass die Solidarität mit Israel ein unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson sei. Zugleich wird die Solidarisierung mit terroristischen Gruppen wie Hamas und Hisbollah kritisiert.“

Wir halten es für nicht hinnehmbar, dass Deutschland (und Europa) die Palästinenser die Folgen unseres Antisemitismus allein tragen lassen. Es werden kaum politische Anstrengungen unternommen zur Beendigung der israelischen Besatzung. Aus falsch verstandener Freundschaft mit Israel beschränkt man sich vorwiegend auf Finanzhilfen für die Palästinenser.

Bei unseren Reisen mit der Evangelischen Erwachsenenbildung der Pfalz im Mai 2006 und 2007 hörten wir in unseren Informationsgesprächen mit deutschen, palästinensischen und israelischen Diplomaten, Politikern und VertreterInnen der Kirchen und israelischen Friedensbewegung, dass die generelle Ablehnung von Gesprächen mit der Hamas ein großer Fehler sei. Die GesprächspartnerInnen sahen es auch als nicht vertretbar an, dass alle vernünftigen Leute der Hamas als Terroristen abgetan und viele unrechtmäßig inhaftiert sind. Im Mai 2007 brachte man die zunehmende Radikalisierung in Gaza und auch im Westjordanland u. a. damit in Verbindung.

Wir wenden uns erneut an Sie, weil Sie am eigenen Leib erfahren haben, welcher Terror von radikalen israelischen Siedlern ausgeht. Die Bundesregierung hatte ja damals auch sofort dagegen protestiert.

Hat man dies und andere noch schlimmere Angriffe auf das Leben und die Würde der dort lebenden Palästinenser, vor allem auch 60 Jahre Nakba unter den Jubelfeierlichkeiten zu 60 Jahre Staat Israel völlig vergessen?

Besteht nicht die Gefahr, dass das Hinnehmen von Menschenrechtsverletzungen des israelischen Staates den Antisemitismus fördert? Sorgen Sie doch bitte dafür, dass in der geplanten Erklärung im Interesse aller Menschen in Nahost der Terror beider Seiten als solcher verurteilt wird.

Mit freundlichem Gruß

gez. Erika Christmann

für die Gruppe Frauen wagen Frieden